

Trotz oft unterschiedlicher Auffassungen:

Grüner: »Ich wähle AL!«

Andreas Gebhard war bis zu ihrer Auflösung Mitglied der Grünen Hochschulgruppe und 1998/99 ASTA-Öffentlichkeitsreferent. Momentan ist er Sprecher des Grün-Alternativen Jugendbündnisses (GAJB). Mit Andreas Gebhard sprach Olaf Bartz.

Andreas, wie beurteilst Du den amtierenden ASTA?

Andreas: Aus der nun fast halbjährigen Distanz zur eigenen ASTA-Arbeit, also nach sechs Monaten »rechtem« ASTA, bleibt mir eigentlich nichts in Erinnerung – nichts deshalb, weil der aktuelle ASTA völlig unpolitisch arbeitet, wenn er überhaupt etwas tut.

Warum kandidiert die Grüne Hochschulgruppe nicht mehr?

Andreas: Die tragenden Personen unserer Gruppe haben nach langer Zeit des Engagements jetzt andere persönliche Prioritäten. Und zuletzt, im Sommer dieses Jahres, hat uns das Verhalten der »Lust« und der damit folgende Verlust des ASTAs viel Motivation gekostet.

Engagiert Ihr Euch jetzt in der grünen Partei?

Andreas: Fast alle von uns standen der grünen Politik der letzten Zeit sowieso schon kritisch gegenüber. Die derzeit herrschende rot-grüne Politik bietet kaum Ansatz für Identifikationspunkte. Speziell durch den Kriegskurs können sich Linke in den Grünen nicht mehr heimisch fühlen. Als Konsequenz ziehen sie sich zurück, und der Rechtsschwenk der Grünen ist praktisch komplett vollzogen. JedeR macht für sich aus, wie er/sie weiter Politik macht. Vielleicht auch mal wieder an der Hochschule, bei den Grünen selber muss man schon sehr genau aufpassen, nicht als Feigenblatt für einen verfehlte Politik rüber zu kommen. Die inhaltliche Positionierung der gesamten Grünen findet jetzt in der Grundsatzdebatte statt, wie weit sich die Grünen dann genau rechts positionieren, hängt auch von den Leuten ab, die den Metzgers und Fischers noch was entgegen wollen, auch von Leuten um die Partei herum.

Was empfehlt Du Euren ehemaligen WählerInnen zur SP-Wahl?

Andreas: Auf jeden Fall überhaupt erst mal wählen zu gehen. Natürlich erwarte ich von Hochschulgruppen, die sich zur Wahl stellen,

zunächst einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz zu haben und ein vehementes Einsetzen für studentische Selbstbestimmung. Das ist traditionell nur bei der politischen Linken zu finden. Trotz auch oft unterschiedlicher Auffassungen werde ich die AL wählen. Ich hoffe, dass sie einen überzeugenden Wahlkampf führt und einen großen Teil zu einer neuen linken Mehrheit beiträgt.



Konsens ist Nonsens

Atomanlagen sofort abschalten – Castortransporte stoppen!

Atomkraft ist auch im sogenannten Normalbetrieb von AKWs mit radioaktiver Niedrigstrahlung tödlich. Sie ist unbeherrschbar – woran die Atomexplosion in der japanischen Brennelementefabrik erinnert hat. Und die zivile Nutzung der Atomenergie ist mit der militärischen untrennbar verbunden: Jedes Land, das über Atomanlagen verfügt, kann und wird im Ernstfall wie Pakistan und Indien Atombomben bauen, auch die BRD.

Atommacht BRD

Obwohl die Risiken eines neuen Super-GAU bekannt sind, hält ein mächtiges Kartell aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft wegen seiner Profit- und Machtinteressen an der Atomenergie fest: Beispielsweise errichtet die TU München gemeinsam mit dem Atomkonzern Siemens in Garching einen Forschungsreaktor, der zum einen Hunderte von Mio. DM aus dem Bildungsetat verschlingt, für den zum anderen ein bombenfähiges Uranisotop als Brennstoff verwendet werden soll. Der Einstieg in die Atomfusion wird mit 400 Mio. DM jährlich gefördert, während der Ausbau regenerierbarer, dezentral nutzbarer Energien wie Wind, Sonne und Wasser verhindert wird, beispielsweise durch die an den Interessen von internationalen (Atom-)Energiekonzernen orientierte Deregulierung des Strommarktes – Hände weg von »Yello!«

NRW ist Atomland, in dem alle Kenntnisse und Bausteine für den Reaktorbetrieb bereitgehalten werden: Die Reaktorforschung in der Kernforschungsanlage Jülich, eine Konditionierungsanlage in Duisburg, die Urananreicherungsanlage in Gronau, ohne deren Atombrennstoff kein AKW in der BRD laufen würde, und das Brennelementzwischenlager in Ahaus. Die beiden letztgenannten erhielten mit rotgrüner Zustimmung eine Kapazitätserweiterung.

Rotgrüne Atompolitik

In den sogenannten Atomkonsensgesprächen der Regierung mit der Atomindustrie diktiert die Stromkonzerne Bedingungen und Reaktorlaufzeiten: Aufgrund des CASTOR-Transportverbots wurde den AKW-Betreibern erlaubt, mehr radioaktiven Müll auf den Reaktorgeländen zwischenzulagern. »Rest«-Laufzeiten von bis zu 35

Jahren für die bestehenden Kraftwerke sind im Gespräch, wobei sichergestellt werden soll, dass rotgrün 2002 zumindest ein – unrentabel gewordenes – abgeschaltetes AKW vorweisen kann. »Was momentan läuft, ist kein Ausstieg, [...] sondern eine Modernisierung des Atomprogramms«, kommentierte die Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung.

CASTOR-Transporte stoppen!

Derzeit füllen sich in einigen AKWs die vorhandenen Atommülllager mit abgebrannten Brennstäben. Der von der ehemaligen CDU-Ministerin Merkel erlassene Transportstopp wird also demnächst vom bündnisgrünen Umweltminister Tritin aufgehoben werden. Für diesen Fall plant die Anti-AKW-Bewegung Gegenmaßnahmen, unter anderem den Versuch, den ersten CASTOR, der losfährt, zu stoppen. Wie bei den CASTOR-Transporten nach Gorleben und Ahaus wird die AL als einzige Gruppe an der Uni Köln auch diesmal mitmobilisieren, Busse organisieren, Veranstaltungen durchführen und dafür sorgen, dass beim nächsten »Tag X« die Kölner StudentInnen dabei sein können.



Dieter Asselhoven

- ➔ Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!
- ➔ Stopp der Atomtransporte!
- ➔ Einstellung der Atomkraft- und Atomfusionforschung. Es gibt keine Trennung zwischen »friedlicher« und »militärischer« Atomtechnik!
- ➔ Bau- und Planungsstopp für neue Reaktoren!
- ➔ Boykottiert den Atomstrom!
- ➔ Keine Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung!
- ➔ Nutzung und Ausbau der vorhandenen alternativen Energiegewinnungstechniken (Sonne, Wind, Wasser, Biomasse)!

Türkei/Kurdistan: Schluss mit Repression!

Die BRD ist auf vielfältige Weise mitverantwortlich für die repressiven Zustände in der Türkei, zuletzt durch die Lieferungen des Spürpanzers »Fuchs« und eines »Leopard«-Testmodells nach Ankara. Die BRD und andere europäische Staaten sind durch die Verweigerung des politischen Asyls für Abdullah Öcalan auch mitverantwortlich für dessen Entführung in die Türkische Republik. Im schmutzigen Krieg in Kurdistan ist die BRD indirekt Kriegsteilnehmer: durch Waffenlieferungen und Wirtschaftshilfe an das türkische Regime und durch die Drangsalierung der kurdischen Bevölkerung in der BRD. Die Folgen dieser Diskriminierung erfahren insbesondere die kurdischen KommilitonInnen, wenn ihnen z. B. Räume für Veranstaltungen vom Rektorat verweigert werden. Dagegen können türkische »Graue Wölfe« und der türkische Staatsschutz fast ungehindert in der BRD als gegnerisch eingestufte türkisch/kurdische KommilitonInnen bespitzeln.

Die Hochschulen in der Türkei stehen seit 1981 unter der direkten Kontrolle des Militärs. Uniformierte Polizeispitzen sitzen mit in den Lehrveranstaltungen. Auf dem Unigelände sind Militärposten stationiert, und die Stoßtruppe der faschistischen »Grauen Wölfe« und ihre gewalttätigen Angriffe auf oppositionelle Studierende und HochschullehrerInnen werden toleriert. Politische Aktivitäten werden durch Exmatrikulationen oder Entlassungen zu unterbinden versucht.

Wir fordern:

- ➔ Schluss mit dem Krieg des türkischen Regimes in Kurdistan und seiner Unterstützung durch die BRD
- ➔ Freie politische Betätigung für demokratische kurdische und türkische Organisationen in der BRD
- ➔ Schluss mit der Repression an den türkischen/kurdischen Hochschulen und Einstellung aller Prozesse gegen protestierende türkische KommilitonInnen; freie politische Betätigung an den Hochschulen.

Biopolitik

Behinderte Menschen sind in unserer Gesellschaft, auf der Straße, in Heimen und in Krankenhäusern schon lange aggressiven Ausgrenzungen ausgesetzt. In den letzten Jahren breiten sich Tendenzen aus, ihr Lebensrecht grundsätzlich in Frage zu stellen. So ermöglicht die Biomedizinkonvention der EU durch die Hintertür die Forschung an »nicht einwilligungsfähigen« Menschen. Gerichte definieren behinderte Kinder als Schaden, für die ÄrztInnen Schmerzengeld zahlen müssen, wenn sie aufgrund der Ergebnisse von vorgeburtlichen diagnostischen Untersuchungen nicht nachdrücklich genug zur Abtreibung gedrängt haben. Der australische Tötungsphilosoph Peter Singer und seine KollegInnen an bundesdeutschen Hochschulen vergleichen behinderte Neugeborene mit Tieren und kommen zu dem zynischen Schluss, dass man dieses »menschliche Gemüse« (Singer) aktiv töten dürfe. Längst geht es inzwischen auch bereits um weitere Betroffenen Gruppen: Um chronisch Kranke z. B. – darunter fallen inzwischen schon depressive Minderjährige, die neuerdings unter das erweiterte niederländische Euthanasiegesetz fallen. Oder um Koma-PatientInnen, die zu »Hirntoten« umdefiniert und getötet werden können und deren Körper für Organtransplantationen ausgeschlachtet werden dürfen.

Das individuelle Recht auf Leben wird zunehmend in einen direkten Bezug zur vorhandenen Gesundheit und Produktivkraft des einzelnen Menschen gesetzt. So schnell sind jedoch die meisten Menschen nicht bereit, sich als ausschaltbare biologische Apparate und als biologischen Rohstoff anzusehen anstatt als erkenntnisfähige Subjekte mit unveräußerlichen Rechten und Bedürfnissen. Auch in der Rechtsprechung und Verfassung der BRD ist das Respektieren des Lebensrechts aller Menschen ein zumindest formal grundlegender Wertmaßstab. Das Töten anderer Menschen aufgrund bestimmter körperlicher Merkmale ist tabu. Und hier kommen WissenschaftlerInnen, PhilosophInnen, HeilpädagogInnen etc. ins Spiel: Um dieses Tabu zu brechen, brauchen die BioethikerInnen eine neue Ethik, möglichst von bekannten, mit dem ausreichenden Maß von akademischen Titeln ausgestatteten »Persönlichkeiten« erfunden und propagiert. Die Bioethik soll das, was durch High-Tech-Medizin und Humangenetik möglich geworden ist, ideologisch legitimieren. Damit würde sich nebenher auch das Selbstverständnis einer universitären Wissenschaft erledigen, die an diesen Grundwerten der bürgerlichen Aufklärung festhält.

Ein aktuelles Beispiel sind die Züchtungsphantasien des deutschen Philosophen Peter Sloterdijk. Dieser fordert »genmedizinische Optimierungen« von Menschen durch eine vorgeburtliche Selektion von Embryonen und »explizite Merkmalsplanung«, wobei die Kontrolle dieser Eingriffe durch eine angebliche »kulturelle Elite« gewährleistet werden soll. Sich auf Philosophen wie Nietzsche berufend, setzt Sloterdijk zum Angriff auf »altbackene humanistische« Vorstellungen vom gleichen Wert jedes Menschen an. Dass er gleichzeitig kritische Theorie und Denken denunziert und wie der Schriftsteller Walsers einen Schlussstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit ziehen will, mag Zufall sein. Die Verbindungen solcher (durch Gentechnologie heute sehr realen) Ideen der Züchtung von »Übermenschen« (Nietzsche) und der Tötung z.B. behinderter Menschen durch das Nazi-Regime im Dritten Reich lassen anderes vermuten.

Gegen diese Neuaufgabe von Eugenik und Euthanasie gibt es jedoch eine starke Gegenbewegung in der bundesdeutschen Gesellschaft, die nicht zuletzt Singers Versuche, in der BRD aufzutreten, immer wieder zunichte machten. An der Uni setzt sich die Antieuthanasiegruppe in Zusammenarbeit mit einigen Fachschaften und Behinderteninitiativen mit diesen bedrohlichen Tendenzen auseinander. Bis zu seiner Abschaffung durch den Uni-ASTA hat das auch das von der AL getragene Biopolitik-Referat getan: z. B. durch eine Veranstaltungswoche mit dem Titel »Bioethik - Lizenz zum Töten?« mit u. a. Veranstaltungen zur Biomedizinkonvention des Europarats, den Sterberichtlinien der Bundesärztekammer, zum Menschenbild der Bioethik und zur Behandlung von Behinderten als »Lärmfaktor« und »Reisemangel« in der deutschen Rechtsprechung.